

FPÖ/Gradauer/Budget

FPÖ-Gradauer: Staathausalt - Reformen umsetzen und sparen

Utl.: Bundesrechnungsabschluss 2009 zeigt Ausmaß der Budget-Misere =

Wien (OTS) - Der Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2009 zeige einmal es einmal mehr auf. "Es ist Feuer am Dach. Die Neuverschuldung des Bundes betrug 2009 9,6 Mrd. Euro und steigerte die Gesamtverschuldung auf 194,3 Mrd. Euro. Das macht für jeden Österreicher, vom Baby bis zum Greis, 23.157 Euro Staatsschulden", so der freiheitliche Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer im heutigen Budgetausschuss.

Die ÖBB und Bundesländer in die Pflicht nehmen

"Auch die Länder müssen ihren Beitrag zu Konsolidierung des Staatshaushalts leisten. 2009 betrug das Defizit der Länder knapp zwei Mrd. Euro, wobei nicht alle Bundesländer gleichermaßen ins Minus rutschten", so Gradauer. Schuldenkaiser seien die Steiermark, Niederösterreich und Kärnten. Aber auch das sonst vorbildliche Oberösterreich sei durch die Kostenexplosion bei den Spitälern betroffen. 2009 habe der Bund 6,5 Mrd. Euro in den ÖBB-Konzern gepumpt. "Das Defizit der ÖBB betrug 2009 17 Mrd. Euro", so Gradauer.

"Die FPÖ fordert eine rein ausgabenseitige Konsolidierung des Staatshaushalts. Das ist möglich, sagen auch die Experten der **Wirtschaftsforschungsinstitute**. Es darf keine neuen Belastungen für die Bevölkerung geben, da sonst die Inlandsnachfrage sinkt. Die Abgabenquote hat in Österreich ohnehin schon einen Rekordwert von 42,7 Prozent des BIB erreicht", so Gradauer.

Gradauer fordert die Regierung zum wiederholten Mal auf, endlich die Reformvorschläge des Rechnungshofes für Einsparungen umzusetzen.

"Große Einsparungsmöglichkeiten schlummern im Bereich der Subventionen, in der Verwaltungsreform und in der Neuordnung des Gesundheitsbereichs", zeigt Gradauer zum wiederholten Mal auf. "Im Subventionswesen ist Österreich Europameister. Pro Jahr werden in diesem Bereich 15,5 Mrd. Euro ausgegeben, das sind 5,6 Prozent des BIP. Der EU-Durchschnitt liegt bei nur 2,6 Prozent. Eine Reduktion der Subventionen auf EU-Schnitt würde langfristige Einsparungen von acht Mrd. bringen. Kurzfristig sind hier 900 Mio. einzusparen", so Gradauer.

Kurzfristig möglichen Maßnahmen bei einer Verwaltungsreform bringen nach Berechnungen des Rechnungshofes ein Einsparungsvolumen von 1,1 Mrd. Euro. Langfristig sind bis zu drei Mrd. Euro zu heben. "Die längst überfällige Neuordnung des Gesundheitsbereichs hat kurzfristig einen Einsparungseffekt von ca. 300 Millionen Euro. Langfristig wären fast drei Mrd. Euro einzusparen, ohne die Qualität der Versorgung zu verschlechtern. Der Abbau von Pensionsprivilegien etwa bei ÖBB und Nationalbank bringt kurzfristig 600 Mio. Euro und ist längst an der Zeit. In Summe ergeben alleine diese Maßnahmen ein kurzfristiges Einsparungsvolumen von knapp drei Mrd. Euro. Langfristig sind hier sogar 14 Mrd. Euro einzusparen. Neue Steuerbelastungen sind also wirklich nicht notwendig", so der freiheitliche Budgetsprecher abschließend.

Rückfragehinweis:

~

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0243 2010-10-06/13:13

061313 Okt 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at